Experten beklagen Muslimfeindlichkeit und Hürden bei Anerkennung

20. September 2020



Von Anna Mertens und Birgit Wilke (KNA)

Berlin (KNA) Islamwissenschaftler und andere Experten haben eine wachsende Muslimfeindlichkeit und Hürden bei der rechtlichen Anerkennung des Islam in Deutschland beklagt. Bei der Anerkennung gebe es noch Nachholbedarf, schreibt die Göttinger Islamwissenschaftlerin Riem Spielhaus in einer am Donnerstag veröffentlichten Expertise für den Mediendienst Integration. Unter anderem werde es trotz vielfacher Bemühungen weiterhin keinen direkten Ansprechpartner auf muslimischer Seite geben. Auch verfügten die islamischen Organisationen über wenig finanzielle und personelle Ressourcen im Vergleich etwa zu den beiden großen Kirchen.

Nach dem Satz des damaligen Bundespräsidenten Christian Wulff im Oktober 2010 „Der Islam gehört zu Deutschland“ habe sich zunächst auf Bundes- und Landesebene einiges getan, so die Expertin weiter. Seit 2016 stagnierten Prozesse und Verhandlungen jedoch, teils gebe es sogar Rückschritte.

Darüber hinaus konstatiert Spielhaus ein zunehmend religionsskeptisches und

islamfeindliches Klima in Deutschland, das die Zusammenarbeit weiter erschwere. Auf der anderen Seite behinderten Entwicklungen im islamistischen Extremismus ein positives Klima.

Als positive Vorreiter nennt Spielhaus Hamburg und Bremen. Beide Stadtstaaten hätten bereits 2012 und 2013 Verträge mit islamischen Organisationen abgeschlossen, die nicht als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt seien. Diese Verträge regelten die Religionspraxis. Niedersachsen und Rheinland-Pfalz hätten diesem Beispiel folgen wollen. Hier lägen die Verhandlungen aber auf Eis.

Mit Blick auf Feiertage und das muslimische Freitagsgebet gebe es in einigen Bundesländern wie Berlin, Hamburg und Bremen sowie Baden-Württemberg Regelungen, die eine Freistellung von Arbeit, Schule oder Ausbildung ermöglichten.

Bei der Auftaktveranstaltung des Kompetenznetzwerks Islam- und Muslimfeindlichkeit erklärte der Kommunikationswissenschaftler Kai Hafez, laut Studien hegt jeder zweite Deutsche Aversionen gegenüber Muslimen. Mit dem Islam werde Gewaltverdacht, Frauenunterdrückung und Terrorismus assoziiert. Rechtsextremisten und die AfD hätten das „virulente Feindbild“ aufgenommen und politisiert. Das Netzwerk wird vom Bundesfamilienministerium gefördert.

Zuvor war am Mittwoch der Unabhängige Expertenkreis Muslimfeindlichkeit (UEM) zu einem ersten Treffen im Bundesinnenministerium zusammengekommen. Die zwölf Mitglieder repräsentierten eine „breite fachliche Expertise aus Wissenschaft und Praxis“, erklärte das Ministerium im Anschluss.

Im Mittelpunkt der Begegnung stand demnach ein Austausch mit dem zuständigen Staatssekretär Markus Kerber. Anschließend tagte das Gremium zum ersten Mal. Der Kreis soll die Erscheinungsformen von Muslimfeindlichkeit analysieren und auf Schnittmengen etwa mit antisemitischen Haltungen hin untersuchen, um so diese Formen von Menschenfeindlichkeit zurückdrängen. Innenminister Horst Seehofer (CSU) hatte die Mitglieder am 1. September berufen. Dem Gremium gehören unter anderem Hafez, der Islamwissenschaftler Mathias Rohe und Yasemin Shooman vom deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung an.

© KNA

Beitragsbild: Rudy and Peter Skitterians via Pixabay

Stand: 16. November 2026